

Die Gesundheit und der Profit

Geld, viel Geld, steckt die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Farbwerke Hoechst in die Aufpolierung des Ansehens ihres Konzerns. Damit könnte man viel für die Verbesserung des Gesundheitswesens tun. Mit großem Aufwand wurde ein Podiumsgespräch von vier Medizinern im Mörfelder Bürgerhaus angekündigt. Dreißig an Fragen der Gesundheit interessierte Mörfelder Bürger waren anwesend. Außerdem waren unter den Zuhörern eine große Zahl eigens für diesen Abend bestellter Farbwerks-Bedienstete der oberen Gehaltsstufen.

Im Prinzip eine gute Sache. Es war viel Gutes an Informationen über gesunde Ernährungsweise sowie über den Gebrauch von Arzneimitteln zu erhalten. Dieses Wissen wurde dankend aufgenommen. Schlimm daran ist eigentlich nur, daß solch eine Aufklärung über Fragen der Gesundheit nicht in genügendem Maße von unserem regulären Gesundheitssystem geleistet wird, daß unsere wenigen Ärzte kaum Zeit haben (und dafür von den Kassen auch kein Geld bekommen), sich ausreichend mit ihren Patienten zu unterhalten. Das Krankheitsvorbeugesystem ist völlig unzureichend. Die Mörfelder Bürger wissen das. Das wissen aber auch die Farbwerke. Geschickt nutzen sie diesen Mangel aus, um damit indirekt Propaganda für ihren Konzern zu machen. Sie haben schließlich das Geld, sich solche Mediziner zu holen oder zu „halten“. Und das in einer Zeit, wo fast täglich tonnenweise das Gift der Farbwerke auf Hessens Müllkippen gefunden wird. In einer Zeit, wo durch die Gifte der Farbwerke die Fische des Mains und des Rheins nahezu ausgerot-

tet sind. In einer Zeit, in der die Bewohner der umliegenden Städte im Bereich der Farbwerke kaum die Fenster öffnen können, weil die Luft nicht zu ertragen ist, die durch die gelben Fahnen der Schloten verpestet wird.

Gesünder leben, das heißt, eine gesündere Umwelt schaffen. Das heißt, die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen verbessern. In unserem Ballungsraum nimmt die Zahl der durch schlechte Luft und Lärm verursachten Krankheiten zu. Dies zu verhindern bzw. zu verbessern, wäre eine dankenswerte Aufgabe für die Farbwerke. Aber wer Arzneimittel verkaufen will, der ist nicht unbedingt fürchterlich sauer, wenn die Zahl der Kranken steigt.

Als Erich Schaffner, DKP-Stadtverordneter, bei der Veranstaltung Fragen stellte, die sehr wohl etwas mit dem Thema „Gesünder leben“ zu tun hatten, da war es den Herren von den Farbwerken offensichtlich unangenehm.

Frage: Herr Dr. Gericke, „Gesünder leben“, das heißt doch auch: Macht die Umwelt gesünder! — Die Schloten der Farbwerke schleudern täglich Tonnen Staub und Gift in die Luft. Gifte der Farbwerke liegen (illegal abgelagert) auf hessischen Müllkippen und gefährden das Grundwasser. — Heißt „Gesünder leben“ nicht auch, von den Farbwerken fordern: Schluß mit der Vergiftung unserer Umwelt?!

Antwort: keine

Frage: Wasser ist wesentlicher Bestandteil unserer Nahrung. Die Farbwerke Hoechst haben durch Vergiftung des Mains und des Rheins verantwortlich zur Gefährdung des Wasserhaushaltes beigetragen. Was sagen Sie dazu?

Antwort: (sinngemäß) Wo Industrie ist, da gibt es auch Abwasser. Die Farbwerke Hoechst tun meiner Meinung nach sehr viel auf dem Gebiete der Erforschung von Lösungsmöglichkeiten dieses Problems.

Frage: Herr Dr. Rausch, Milch ist doch für die Ernährung und Gesundheit von Bedeutung. — Die Volksfront-Regierung in Chile hat pro Kind und Tag einen hal-



Allen unseren Lesern, die jetzt Urlaub machen, denen die wegfahren und denen die daheim bleiben, wünschen wir schönes Wetter und gute Erholung.

Die „blickpunkt“-Redaktion



▼ ben Liter Milch kostenlos verteilt. Die Farbwerke Hoechst haben den Putsch in Chile und damit auch die Rückgängigmachung dieser sozialen Maßnahme ausdrücklich begrüßt. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: (sinngemäß) Jawohl, Milch ist von großer Bedeutung für die Ernährung. Vielen Dank für die Frage.

Frage: Die Farbwerke Hoechst verkaufen Arzneimittel. Damit erzielen sie Profit. Haben die Farbwerke deshalb überhaupt ein Interesse an gesunden Menschen?

Antwort: Würden Sie als Zuckerkranker darauf verzichten, von den Farbwerken produziertes Insulin zu nehmen?

Antwort: Damit ist meine Frage nicht beantwortet. Ich habe auf dem Widerspruch hingewiesen, auf der einen Seite gesünderes Leben zu propagieren und auf der anderen Seite möglichst viel Arzneimittel verkaufen zu wollen. Arzneimittel werden doch in der Regel von kranken Menschen gebraucht.

Antwort: keine

Frage: Wieviel Geld geben die Farbwerke für Publik Relations (Propaganda) aus und wieviel für die Reinigung der Abluft und der Abwässer?

Antwort: keine

Kennen Sie schon die UZ

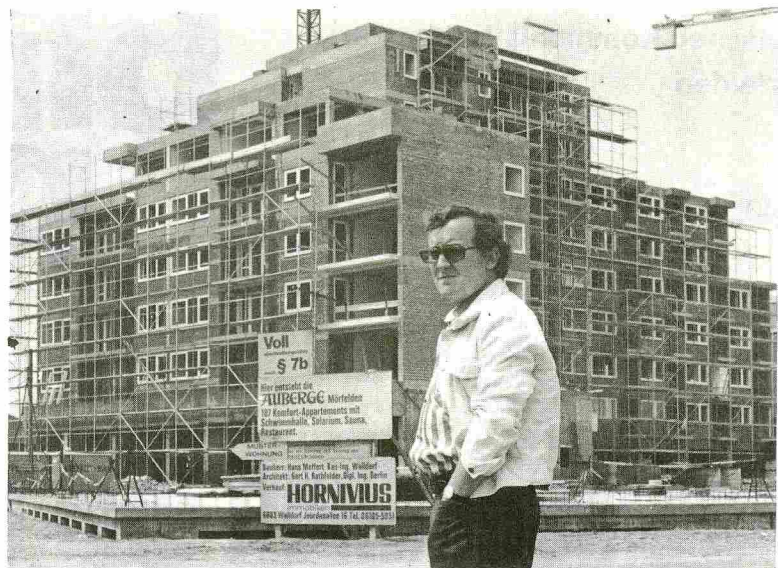


Probexemplare zu bestellen:

UZ-Redaktion

6 Frankfurt/Main

Cronstettenstr. 18



Wem nützt es?

Der Steinweg ist nur noch ein Hohlweg. Bedrohlich wachsen die Betonklötze. Anarchistische Bebauung herrscht vor. Stadtplanung gibt es nicht. Im Mittelpunkt steht der Profit. Da, wo früher ganze Familien sonntags in den Schlichter zogen, wächst Manhattan.

Leute, die viel Geld haben, erstellen Wohngebirge, um noch mehr Geld zu scheffeln. Leerstehende Wohnungen werden in Kauf genommen. Die Kasse stimmt trotzdem. Die Baulöwen, die Herren von „Hornivivus“, die Mefferts können sich die gierigen Hände reiben. Aber sie sind nicht allein Schuld am Zubetonieren unserer Landschaft. Schuld tragen auch die sozialdemokratischen Politiker, die die Weichen gestellt haben. Schuld tragen die Fusionsbefürworter in CDU, FDP und SPD, wenn allmählich alles zugebaut wird, wenn wir langsam am Verkehr ersticken. Wie scheinheilig sind da die Anfragen von Mörfeldener Sozialdemokraten, ob denn beim Meffert-Bau alles mit rechten Dingen zugegangen sei.

Wer ist denn verantwortlich in Mörfelden und Groß Gerau? Sozialdemokraten! Wem untersteht denn die Bauaufsicht? Das erinnert alles ein wenig an die Geschichte mit dem Umlandverband. Sozialdemokraten in Wiesbaden und Frankfurt würden zu gern Mörfelden schlucken.— Sozialdemokraten in Mörfelden machen Scheingefechte. Wenn dann einige gutmeinende Mörfelder Sozialdemokraten, mit dem Metermaß in der Hand, laut nachdenken, ob denn die Tiefgarage der „Auberge“ im Rahmen der Genehmigung liege, dann ist das nicht anders zu bewerten. Wir meinen, es muß langsam Schluß gemacht werden mit weiterer Bebauung, mit weiterer Ansiedlung von Menschen in unserem Ballungsgebiet. Wir haben nicht zuletzt deshalb gegen die Fusion von Mörfelden und Walldorf gestimmt.

Rudi Hechler

Rudi Hechler
Landtagskandidat der DKP
im Wahlkreis 47, Groß Gerau

Unser Bild:

Rudi Hechler vor dem Wohnkoloß „Meffert-Bau“ im Baugebiet Steinweg Nord 1



MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG

Im nächsten Monat jährt sich zum dreisigsten Mal der Todestag von zwei namhaften deutschen Antifaschisten, die ihr Leben im Konzentrationslager Buchenwald lassen mußten. Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD bis 1933, wurde in der Nacht vom 17. zum 18.8.1944 von der SS im Hof des Krematoriums Viehisch ermordet. Seit 1943 war auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid in Buchenwald, wo er am 24. 8.44 sein Leben lassen mußte. Beiden deutschen Politikern der deutschen Arbeiterklasse hat man dort Gedenkstätten errichtet.

Anläßlich einer Fahrt in den Bezirk Er-

furt besuchte eine kommunalpolitische Delegation der Mörfelder DKP auch das ehemalige KZ Buchenwald. Am Krematorium und im Glockenturm der Mahn- und Gedenkstätte legten sie Blumen nieder.

Sie gedachten der 240 000 Häftlinge aus 32 Nationen, die von der SS in acht Jahren durch das Eingangstor getrieben und der 56 000 Menschen, die dort gehängt, erschossen und erschlagen wurden.

Sie sprachen auch mit einem ehemaligen Häftling aus der DDR, der viele Jahre in Buchenwald zugebracht hat. Er selbst konnte sich noch an zwei Häftlinge aus dem Kreis Groß-Gerau erinnern, an Wilhelm Hamann, Landrat nach 1945 in Groß-Gerau, Mitglied der KPD und an unseren Genossen Karl Hardt, Gemeindevertreter der KPD von 1945 bis 1956 in Mörfelden.

In Buchenwald wurde den Besuchern bewußt, wie notwendig es ist, nachkommenden Generationen die Namen der Widerstandskämpfer gegen Krieg, Faschismus und Tyranie in Erinnerung zu rufen. Dies ist notwendig, damit die Menschheit nicht erlahmt in ihrer Wachsamkeit gegen jede faschistische und neonazistische Tendenz in der Welt. Die Kommunisten in Mörfelden fordern schon seit Jahren, daß man hier ein Zeichen setzt, daß man einige neue Straßen und die Gesamthochschule nach

den Widerstandskämpfern benennen möge.

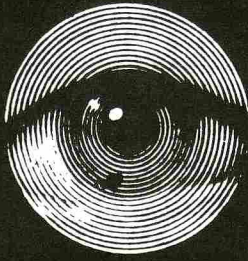
Vorschläge, wie Geschwister Scholl, Pfarrer Paul Schneider, Carl von Ossietzky, Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann wurden gemacht. Den zuletzt genannten Namen haben Mörfelder Gemeindevertreter (SPD und CDU) 1967, in der Zeit des kalten Krieges, schon aus dem Straßenregister ausgelöscht und aus einer Ernst-Thälmann-Straße eine Feldstraße gemacht.

Dies muß wieder korrigiert werden, wie Bürgermeister Bachmann versicherte. Mit diesen Namen ehren wir auch jene Mörfelder Bürger, die in Hitlers Zuchthäusern und Konzentrationslagern zusammen mehr als 50 Jahre ihres Lebens verbrachten, nur weil sie gegen die faschistische Diktatur angingen.

Als im September 1973 in Chile die Nacht hereinbrach, als sich dort das Massaker von Deutschland 1933 wiederholte, als dort dem Verbot aller demokratischen Parteien, Besetzung von Gewerkschaftshäusern, Errichtung von Konzentrationslagern, Verfolgung und Mord folgte, brachte die DKP den Antrag ein, eine Straße nach Salvatore Allende, dem demokratisch gewählten, und von den dortigen Faschisten ermordeten Präsidenten von Chile, zu benennen.

Unsere Anträge werden demnächst wieder auf der Tagesordnung stehen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Auszug aus der Erklärung der DKP-Fraktion zur Verwendung des alten Rathauses als Ärztehaus

Der Ärztemangel auf dem Lande einschließlich der Stadtrandgebiete und in den Kleinstädten in der BRD ist bekannt und wird inzwischen auch nicht mehr bestritten. Auch über die prekäre Situation in der ärztlichen Versorgung Mörfeldens, immer noch nur 5 Ärzte für 15000 Einwohner, immer noch keinen Facharzt, gibt es heute 1974, keine unterschiedliche Auffassung mehr das gab es noch 1968.

Meinungsverschiedenheiten gibt es unter den hier im Parlament vertretenen Parteien im äußersten Fall noch über die Möglichkeiten, diese Situation zu verbessern.

Ja, meine Damen und Herren, da sagen wir Kommunisten ganz klar, daß das Weiterwursteln wie bisher uns nicht viel weiterbringt. Nachdem die Bemühungen des Magistrats um weitere Ärzte, nachdem günstige Bauplatzangebote oder das monatelange Anmieten von Praxisräumen nichts nützten, haben wir schon vor Jahren neue Wege vorgeschlagen. Wer die ärztliche Versorgung der Bevölkerung verbessern will, muß etwas bieten. Man kann die einzelnen Ärzte mit finanziellen Anreizen (Bauplätze, Häuser usw.) beiziehen, man kann aber auch gute Arbeitsbedingungen bieten, die Ärzten und Patienten gleichermaßen zu Gute kommen. Wir haben uns für das letztere entschieden.

Wenn wir seit 1969 die Errichtung eines Ärztehauses forderten, so haben wir uns aber bewußt auf keines der standespolitischen Modelle, wie Apparatgemeinschaft, Praxisgemeinschaft,

Gemeinschaftspraxis oder Ärzte-Fonds, festgelegt.

Dies steht auch heute abend nicht zur Debatte. Es sollte das nächste Stadium der Gespräche sein.

Daß solche Neuerungen möglich sind, konnten sie bereits 1971 in „Analysen“ nachlesen, einer Zeitschrift für Wissenschafts- und Berufspraxis. Dort heißt es:

„In der BRD bestehen etwa 60 Arbeitsgemeinschaften, 150 Praxisgemeinschaften und 30 Gemeinschaftspraxen. Letztere machen in den USA 12 % aller Praxen aus.“

Ganz zu schweigen von den vielen vorbildlichen Ambulatorien und Polikliniken in den sozialistischen Ländern.

Daß wir uns mit unseren Forderungen nach einer neuzeitlichen, der Gesundheit unserer Bevölkerung dienenden Einrichtung auf dem Boden der Realität bewegen, soll durch ein Zitat aus der Broschüre „Gesundheitspolitisches Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ untermauert werden.

In dieser Broschüre schreibt der DGB im Mai 1972:

„Ärztliche Versorgung in der freien Praxis

1. Veränderungen der Strukturen a) Gemeinschaftliche Praxisausübung

Die rasche Entwicklung von Medizinwissenschaft und -technik führt zu Möglichkeiten, die in der Einzelpraxis des niedergelassenen Arztes nicht mehr sinnvoll genutzt werden können. Zusammen mit dem gestiegenen gesundheitlichen Sicherheitsbedürfnis einschließlich des Einbaus von Vorsorge und Früherkennung in die ärztliche Versorgung erzwingt der medizinisch-technische Fortschritt deshalb neue Organisationsformen, die eine intensive Kooperation und Kommunikation zwischen Ärzten verschiedener Disziplinen und Einrichtungen erlauben. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die eine wesentlich bessere Ausstattung und auch einen rentableren Einsatz der Apparaturen und des medizinisch-technischen Personals gestattet, muß wegen ihrer vielen Vorteile für Arzt und Patient mehr als bisher zur Form der ärztlichen Versorgung in der Zukunft werden.

Der DGB wehrt sich gegen eine Entwicklung, die dazu führt, daß moderne Methoden – insbesondere im Bereich der diagnostischen Technik – nicht für den von der sozialen Krankenversicherung erfaßten Personenkreis nutzbar gemacht werden, sondern einkommensstarken Schichten vorbehalten bleiben. Er orientiert seine Vorstellungen an dem Leitbild einer optimalen diagno-

stischen und therapeutischen Versorgung beim frei gewählten Arzt im Rahmen der kassenärztlichen Versorgung. Der DGB stellt aber gleichzeitig unmißverständlich fest, daß die Grundstruktur des derzeitigen Systems der ambulanten ärztlichen Versorgung (freie Praxis) nur dann Bestand haben kann, wenn sie durch eine konsequente Weiterentwicklung entsprechend modernen gesundheitspolitischen Konzeptionen in der Zukunft in der Lage ist, die von Wissenschaft und Technik entwickelten Möglichkeiten im Interesse des Patienten voll auszuschöpfen.“

Meine Damen und Herren, weil wir der Meinung sind, daß uns eine solche Einrichtung auch in Mörfelden weiterhelfen würde, schlagen wir schon seit Januar dieses Jahres vor, das freiwerdende derzeitige Rathaus als Übergangslösung hierfür zu verwenden.

Wir sind der Meinung, daß das Schaffen einer solchen Einrichtung mit dem Anwerben von interessierten Ärzten parallel laufen muß.

Zur Stadtverordneten-Sitzung am 25. Juni 1974:

SPD, FDP und CDU wollen alles beim Alten lassen

Vorweg: Wir haben nichts dagegen, daß die Mörfelder Vereine bessere räumliche Voraussetzungen für ihre Arbeit erhalten. Wir haben auch im Prinzip nichts gegen, ein Zentrallabor für die Mörfelder Ärzte. Aber wir meinen: Sollte das bisherige Rathaus für die Einrichtung eines ▶

Der Antrag der DKP-Fraktion im Stadtparlament Mörfelden

1. Es ist zu prüfen, ob das alte Rathaus als Übergangslösung für ein Ärztehaus (medizinisch-technisches Zentrum) Verwendung finden kann. Fällt die Prüfung, die der Magistrat umgehend gemeinsam mit dem Bauamt und hinzugezogenen Ärzten durchführt, positiv aus, sind alle anderen Planungen über die Weiterverwendung sofort abzustoppen.
2. Wird festgestellt, daß das Gebäude für vorgenannte Einrichtung ungeeignet ist, dann soll das Gebäude jedoch keiner kommerziellen Nutzung zugeführt werden. Die Einrichtung eines Zentrallabors bleibt davon unberührt.

▼ Ärztehauses geeignet sein, dann müßte man es auch für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Die Einrichtung eines Labors würde davon nicht ausgeschlossen.

Um zu wissen, ob es geeignet ist, muß das Rathaus von Ärzten und Architekten geprüft werden. Daher der Antrag der DKP-Stadtverordneten, das alte Rathaus von Fachleuten prüfen zu lassen. Hatte man unserem Antrag in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung noch zugestimmt (prüfen kostet ja nichts), so stimmten SPD, CDU und FDP bei der Stadtverordnetensitzung am 25. Juli einmütig dagegen.

Bei der Diskussion wurde sehr deutlich, daß die drei übrigen Parteien auf diesem Gebiet in Mörfelden alles beim alten lassen wollen. Diese konservative Haltung hätte man noch von der CDU oder der FDP erwarten können. Wenn aber Mörfelder Sozialdemokraten sich so bocksbeinig stellen, dann können wir das nur als politische Kurzsichtigkeit bezeichnen.

Keines der vorgebrachten Argumente traf den Kern der Sache oder ging auf unsere Forderungen ein. Hier einige Redewendungen der ablehnenden Parteien:

Dr. Schmitt Hauser (CDU):

Der Bedarf nach weiterer ärztlicher Versorgung ist noch nicht erwiesen. Hier will uns eine Partei (DKP) ein Ärztehaus durch die Hintertür unterjubeln.

Frau Siegel (FDP) meinte:

Der DKP-Antrag ist ein Sprung ins kalte Wasser. Es seien genügend andere sinnvolle Lösungen für die Weiterverwendung des alten Rathauses bekannt.

Thomas (SPD)

warf der DKP vor, sie tue so, als ob sie der Retter der Bevölkerung auf gesundheitspolitischem Gebiet sei und

Ceser (SPD)

stellte alsdann noch Diskrepanzen zwischen Gedanken und Realität fest und empfahl Ablehnung des Antrages der DKP.

Hierzu können wir nur antworten:

Zur CDU

Wir wollen niemandem etwas unterjubeln. Wir wollen lediglich ein vorhandenes, jetzt leerwerdendes Gebäude testen lassen und das kostet noch nichts. Wie es mit der ärztlichen Versorgung in Mörfelden bestellt ist, weiß die Bevölkerung sehr gut.

Zur FDP

Wir sind der Meinung, alle anderen sinnvollen Lösungen müssen zurücktreten, wenn die ärztliche Versorgung verbessert werden kann.

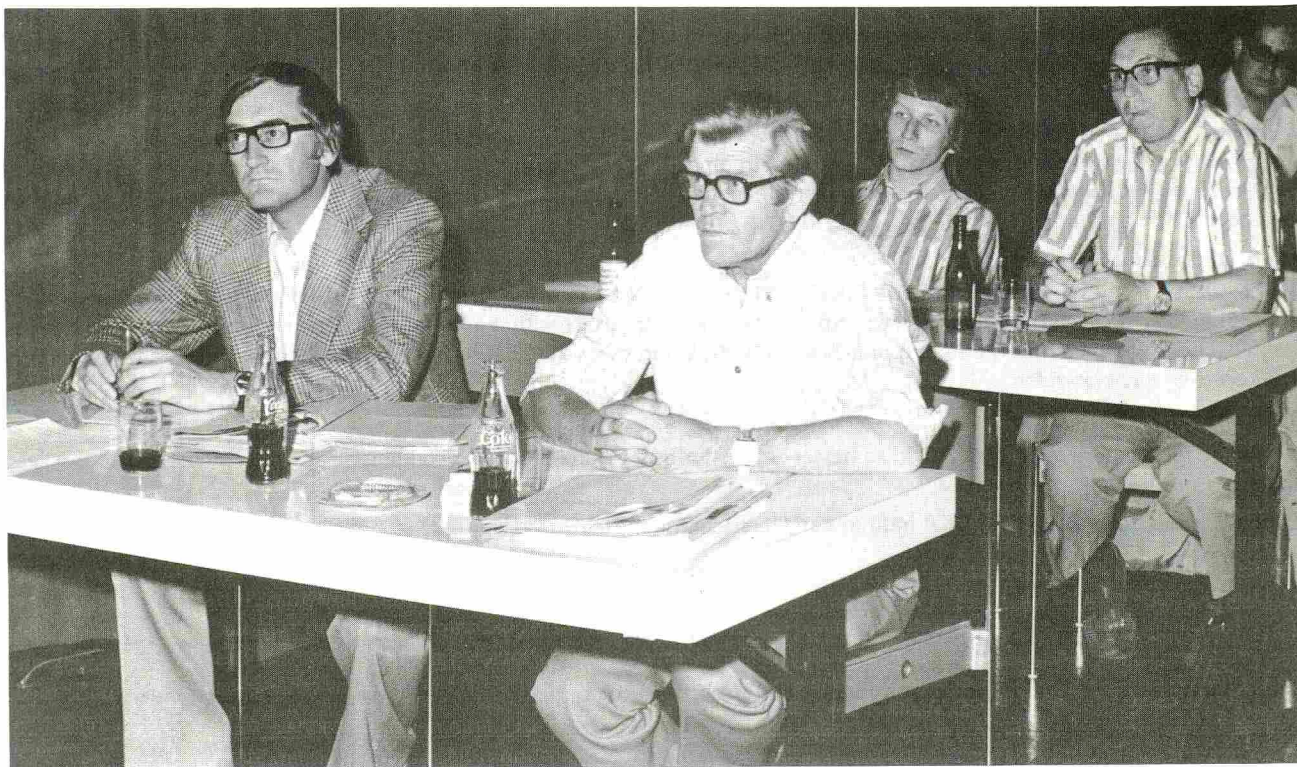
Zur SPD

Wir sind sicherlich nicht der Ansicht, als seien wir die Einzigen, die die ärztliche Versorgung der Bevölkerung verbessern wollen. Aber wir sind die Einzigen, die zur Zeit konstruktive Vorschläge machen, wie aus dem Dilemma herauszukommen ist.

Wir möchten den anderen Parteien raten, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken. Von selbst kommen keine Ärzte. Wir sind dagegen, daß man einzelnen Ärzten, die sich eventuell einmal in Mörfelden niederlassen wollen, große Vergünstigungen einräumt. Aber wir sind dafür, daß die Stadt hilft, eine Einrichtung zu erstellen, die Patienten und Ärzten zugute kommt.

Der Trend gerade unter jungen Ärzten geht in Richtung Gemeinschaftspraxis, weil hier auch für die Ärzte die Bedingungen besser sind. Das muß ausgenutzt werden. Wir bleiben am Ball.

E.S.



Stadtverordnete der DKP. Seit sie im Parlament tätig sind, ist das parlamentarische Leben in Mörfelden interessanter und durchschaubarer geworden. Die Initiativen der DKP erhalten bei einem großen Teil der Bevölkerung Zustimmung. Bestes Beispiel: der Einsatz der DKP für eine bessere ärztliche Versorgung.

Sollten Sie Fragen und Probleme haben, reden Sie mit unseren Stadtverordneten.

(Unser Bild: von links: Heinz Hechler, Arthur Siegel, Erich Schaffner, Michael Denk)

Jungwähler-Initiative

wir helfen der DKP

Im Oktober wird ein neues Landesparlament gewählt. Alle im Landtag vertretenen Parteien buhlen jetzt wieder einmal um die Stimmen der Wähler, besonders um die Stimmen der Jungwähler.

Wie aber sieht die Politik der Landtagsparteien aus? Wie stehen sie zu den Forderungen und Aktionen der Jugend in Betrieb und Schule?

Die Jugend braucht eine fortschrittliche demokratische Ausbildung.

Tatsache aber ist:

Das gesamte Bildungs- und Ausbildungswesen ist eine Sackgasse für Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Weder auf der Schule, in der Lehre noch auf Fach- oder Hochschulen erhält die Jugend eine Ausbildung, mit der sie ihre Zukunft bewußt gestalten kann.

Die Jugend braucht sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Tatsache aber ist:

Die hessischen Unternehmer haben die Anzahl der Ausbildungsplätze um die Hälfte reduziert. Über 20000 (von 48000) Schulabgängern finden keine Lehrstellen. 12000 Jugendliche in Hessen sind arbeitslos. Das sind mehr als 1/4 der 2 % Arbeitslosen in Hessen.

Systematisch bauen die Unternehmer Lehrstellen und Arbeitsplätze ab. Sie bilden nur für den unmittelbaren Bedarf aus. Um ihren Profit zu sichern, rationalisieren sie planmäßig auf dem Rücken der Belegschaften.

Die Jugend braucht eine ausreichende Bezahlung für ihre Arbeit.

Tatsache aber ist:

Die Jugendlichen werden nach wie vor bei der Lohnzahlung benachteiligt. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, ist noch nicht voll durchgesetzt.

Und die Parteien?

Alfred Dregger, oberster CDU-Scharfmacher in Hessen, hetzt gegen alle, gegen die Gewerkschaften und die demokratischen Organisationen, die Forderungen nach sozialer Sicherheit, fortschrittlicher Ausbildung und Einschränkung der Unternehmerwillkür erheben.

Der hessische Ministerpräsident Albert Osswald wehrt für die SPD/FDP-Koalition die berechtigten Forderungen der Jugend ab. Er sagt: „Wir werden uns vorbereiten müssen auf eine nicht mehr ganz so bequeme Realität von morgen.“ FDP- und SPD-Führung wollen die Schuldigen in den Schalthebeln der Konzerne und Großbanken schützen, dafür sollen wir den Gürtel enger schnallen.

Unsere Erfahrungen zeigen:

Es ist nur die DKP, die unser Recht auf Arbeit und demokratische und fortschrittliche Ausbildung durchsetzen will. Nur sie tritt für eine wirkliche Einschränkung der Unternehmerwillkür ein. Nur sie hat in den Aktionen der arbeitenden und lernenden Jugend ständig an unserer Seite gestanden. Sicherlich sind nicht alle, die hier unterschrieben, mit der Politik der DKP vollkommen einverstanden.

Tatsache aber ist:

Je mehr Stimmen die DKP erzielt, um so besser ist das für uns Jugendliche. Nur so kann der Kurs geändert werden. Alles andere sind verlorene Stimmen.

Deshalb wählen wir DKP! Die DKP muß in den Hessischen Landtag!

Bitte Unterschriften sammeln und an die DKP-Mörfelden schicken!



Ich unterstütze die Wählerinitiative mit meiner Unterschrift und bin mit deren Veröffentlichung einverstanden:

Name

Adresse

Unterschrift

WAS IST UNSERIÖS?

Jeder macht mal einen Fehler. Wenn man ihn zugibt, ist er halb so schlimm. Die Stadt, von der Jugend unter Druck gesetzt, macht aber in Sachen Jugendzentrum einen Fehler nach dem anderen. Nur — zugeben will sie das natürlich nicht.

Daß ein Jugendzentrum für Mörfelden notwendig ist, haben mittlerweile alle Parteien begriffen. Es ist eben gut, wenn junge Menschen ein Domizil haben und nicht

in Kneipen herumhocken müssen. Dies verstehen viele Eltern und dies erkennen auch zunehmend die älteren Bürger dieser Stadt. Nur die Stadtoberen wissen nicht so recht, wie sie es anpacken sollen. Man kauft eine Baracke — und hat einen Fehlkauf gemacht. Man lagert die Teile monatelang, ist unentschlossen, und muß wahrscheinlich erkennen, daß die Barackenteile schrottreif sind. Fehler, die wir alle bezahlen müssen.

Punkt Nummer 1 auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse „Jugend, Sport und Freizeit“ und „Kultur, Bildung und Soziales“ war das **Jugendzentrum**.

Angestrebtes Ziel war es, laut Ausschußvorsitzenden Bisbort, noch offene Fragen soweit zu klären, daß umgehend Ausschreibungen der Aufbauarbeiten

vorgenommen werden können.

Dieses Ziel wurde nach längerer Diskussion, an der auch Vertreter des SJR teilnahmen, erreicht: Einstimmig beschlossen die Ausschüsse, Ausschreibungen vorzunehmen, die zur Kostenermittlung der Variante IV der Baracke (kleine Lösung von ca. 500 qm) und der Variante III (große Lösung von ca. 800 qm) dienen sollen.

Daß bei dieser Vorentscheidung über den Bau einer Jugendbegegnungsstätte die Variante III doch noch in die Ausschreibung mit aufgenommen wurde, ist nicht zuletzt das Verdienst der DKP. Fraktionssprecher Heinz Hechler hatte gleich zu Beginn der Sitzung den Magistrat kritisiert und den Vorwurf erhoben, von Seiten der Stadt sei in Sachen Jugendzentrum nicht mit offenen Karten gespielt worden, den Fraktionen seien Informationen vorenthalten worden. Zum Beweis legte er ein Angebot vor, das der Magistrat im März dieses Jahres von einem Mörfelder Unternehmen angefordert hatte. (Noch in der letzten Ausschußsitzung hatte der Magistrat behauptet, es lägen keinerlei genaue Zahlen vor, da noch keine Kostenermittlungen vorgenommen worden seien.) Diese Kostenermittlung, die die wesentlichen Aufbauarbeiten umschloß, belief sich auf 312500 DM für die große Lösung von ca. 800 qm.

Die SPD-Mehrheitsfraktion zeigte sich überrascht und reagierte sauer. Man bezeichnete es als „unseriös“, daß die DKP diese Kostenermittlung dem Ausschuß vorlegte.

Durch die Vorlage dieses Papiers, wurde schließlich doch noch in Erwägung gezogen, die Variante III in die Ausschreibungen mit einzubeziehen.

JUGEND FORDERUNGEN

Seit ihrer Gründung tritt die Deutsche Kommunistische Partei für die Grundrechte der Jugend ein. Wir sagen der Jugend, daß wir den Sozialismus brauchen, um ihre Forderungen endgültig zu verwirklichen. Wir sagen aber auch, was jetzt zu tun ist, wenn die unmittelbaren Auswirkungen der drohenden Krise auf die Jugend abgewehrt werden sollen. Auf der Arbeiterjugendkonferenz der DKP haben wir Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Jugend erarbeitet. Wir fordern jetzt als vordringliche Maßnahmen, um der Jugend zu helfen:

1. Ausbildungsverpflichtung für alle zur Ausbildung geeigneten Betriebe. Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahre außerhalb von Ausbildungsverhältnissen.
2. Zur Überwindung der Ausbildung in Berufen ohne Zukunft, der Arbeitslosigkeit Jugendlicher sowie des Mißbrauchs Jugendlicher als

billige Hilfsarbeiter müssen mindestens 250000 qualifizierte Ausbildungsplätze in Lehrwerkstätten, Ausbildungszentren und Ausbildungsbüros — vor allem in Großbetrieben — geschaffen werden.

3. Um qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen und zu erhalten, muß die Finanzierung der Berufsausbildung durch einen Bundesfond gesichert werden, in den alle Unternehmen — entsprechend ihrer Beschäftigtenzahl und ihres Umsatzes — Abgaben entrichten. Der Bundesfond muß unter demokratischer Kontrolle bei Mitwirkung der Gewerkschaften und der Vertreter der demokratischen Jugendorganisationen gestellt werden.
4. Ausbau von Lehrlingswohnheimen und Verbesserung der Ausbildungsförderung, um Jugendlichen aus strukturschwachen Gebieten eine berufliche Bildung zu ermöglichen.
5. Garantie der Ausbildung in allen Ausbildungsstufen ohne Zwang zum Abbruch nach einzelnen Ausbildungsabschnitten.
6. Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung nach der Lehre.

7. Besondere Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifikation für ungelernete Jugendliche und für die in aussterbenden Berufen Ausgebildeten.

8. Bemessung des Arbeitslosenentgeltes für ausgelernete Jugendliche nach dem entsprechenden Facharbeitersatz.

9. Erhöhung der Lehrlings- und Facharbeiterlöhne. Verwirklichung des Grundsatzes: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

10. Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes nach den Vorstellungen der Gewerkschaften und demokratischen Jugendorganisationen muß erreicht werden.

Wir fordern Parlament und Regierung auf, diese dringenden Maßnahmen sofort zu verwirklichen.

Wir wenden uns an die Lehrlinge und jungen Arbeiter, aber auch an die erwachsenen Kollegen: Tretet gemeinsam und solidarisch für diese dringenden Maßnahmen ein! Laßt Euch nicht auseinanderdividieren, laßt es nicht zu, daß Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden!

LESER BRIEF



§ 218

Der Kampf um die Beseitigung des § 218 ist zu einer Klassenfrage geworden. Der § 218 bindet die „Frau des kleinen Mannes“ (die Reichen konnten sich eine Abtreibung wegen ihrer Beziehungen oder ihrem Geld schon immer leisten) an die überkommenen Moralvorstellungen der Kirchen. Daß gerade die CDU/CSU, die Interessenvertreter der Unternehmer und Großkapitalisten, sich als Hüter dieser Moralvorstellungen aufspielt, ist einfach zu erklären. Kinder schmälern in unserer Gesellschaft den Lebensstandard einer Familie, der sich wiederum auf die Bildung auswirkt. Ein Arbeiter kann notfalls ein oder auch zwei Kinder nach ihren Neigungen und Fähigkeiten bilden lassen. Darüberhinaus wird es dann schon problematisch. Dadurch sind so hohle Sprüche zu erklären wie: Mädchen brau-

chen nicht zu studieren, sie heiraten sowieso; Handwerk hat goldenen Boden; nicht jeder soll Akademiker werden; etc.

Ein weniger gebildeter Mensch ist leichter auszubeuten, leichter zu beeinflussen, zu manipulieren. Solche Menschen sind aber zu höchsten Profiterzielung in diesem Staate nötig. Der Klerus und CDU helfen dabei. Diese „Apostel“ halten Moralpredigten über das ungeschützte Leben, dabei lassen sie es am Schutz für das geborene Leben mangeln. Über eine Million (1000000) Kinder in der Bundesrepublik haben kein eigenes Bett, es fehlt an Spielplätzen, Kindergärten, Schulen, Lehrern, Ausbildungsstätten, Studienplätzen, Wohnraum, etc.

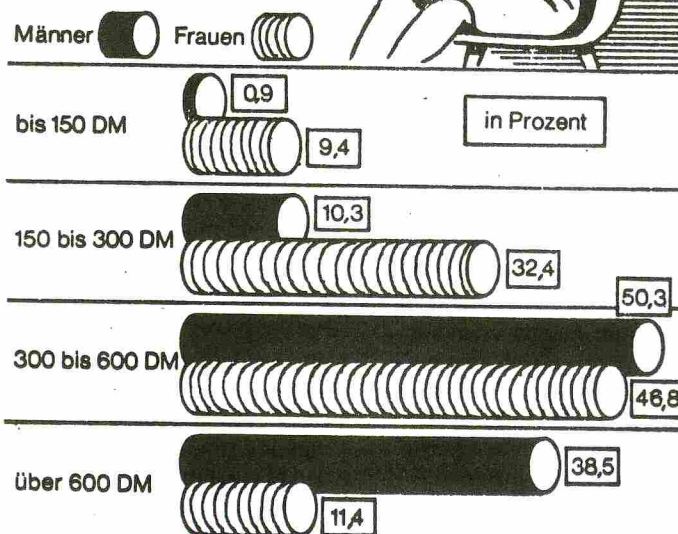
Die Abschaffung des § 218 hilft der Frau, sie wird mündig über ihren Körper. Um allerdings die Schwangerschaftsunterbrechungen so gering wie möglich zu halten, denn sie bedeuten einen ärztlichen Eingriff, der Gefahren in sich birgt, sollten die Gesetzgeber ein übriges tun: Aufklärung zur Empfängnisverhütung gewährleisten, Pillen kostenlos auf Krankenschein, besseren und umfassenderen Schutz des geborenen Lebens und Unterstützung der Mutter.

Christa Dötsch, Mörfelden,
Schumannstraße 3



Mini-Renten, weil sie Frauen sind

1971 bezogen in der Bundesrepublik eine monatliche Rente von



Herzlichen Glückwunsch zum 40-jährigen Jubiläum



Allen Männern (und Ehefrauen) der Freiwilligen Feuerwehr Mörfelden mit ihrem „großen“ Feuerwehrhauptmann an der Spitze (unser Bild) wünschen wir ein erfolgreiches Fest. Wir hoffen, daß die Sonne scheint, daß Euch das Bier nicht ausgeht und daß das Festzelt immer besetzt ist.

Aufwiedersehen beim Frührschoppen.

Die Redaktion